

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 88 (1994)
Heft: 3

Artikel: Die Kurden im 20. Jahrhundert : ein geteiltes Volk als Spielball politischer Interessen im Schnittpunkt dreier Kulturen
Autor: Reut, Marguerite
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143820>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Kurden im 20. Jahrhundert

Ein geteiltes Volk als Spielball politischer Interessen im Schnittpunkt dreier Kulturen

Die Kurdinnen und Kurden sind das einzige Volk mit über 20 Millionen Angehörigen, dem trotz jahrzehntelangem Kampf das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten wird. Das kurdische Problem besteht seit dem Zusammenbruch des osmanischen Reichs anfangs des 20. Jahrhunderts. Seither lebt dieses Volk, obwohl sein Hauptansiedlungsgebiet zusammenhängend ist, in vier Staaten: in Iran, Irak, Syrien und in der Türkei, mit mehreren Enklaven in der früheren Sowjetunion. Marguerite Reut gibt uns einen Überblick über die Geschichte dieses leidgeprüften Volkes. Dabei handelt es sich um die überarbeitete und gekürzte Fassung eines Referats beim Friedensforum Zürich in der Reihe «Die Kurden im 20. Jahrhundert». Die Autorin hat Ethnologie und Iranistik studiert und schon verschiedene Forschungsreisen in Iran und in Iranisch-Kurdistan unternommen. Red.

Wer sind die Kurdinnen und Kurden?

Gemeinsame Sprache und Herkunft sowie prägende historische Ereignisse charakterisieren das kurdische Volk.

Die *kurdische Sprache* gehört zum indo-iranischen Zweig der indo-europäischen Sprachen. Sie ist also entfernt verwandt mit unseren europäischen Sprachen. Dem Kurdischen näher verwandt ist das im Iran gesprochene Persisch. Türkisch und arabisch gehören dagegen zwei ganz andern Sprach- und Völkergruppen an. Kurdisch ist in mehrere Dialekte aufgeteilt. Die wichtigsten sind das Kurmandji im Norden und das Sorani im Süden.

Die *archäologischen Befunde* geben uns verschiedene Antworten auf die Frage nach der Herkunft des kurdischen Volkes. Wahrscheinlich kam es – wie alle iranischen und indischen Völker – zwischen 1000 und 500 vor unserer Zeitrechnung aus dem Nord-Osten Zentralasiens in grossen Völkerwanderungswellen nach dem Mittleren Osten, wo es heute noch angesiedelt ist. Ähnlich sind Jahrhunderte später türkische Stämme aus Zentralasien in Eroberungszügen bis in die heutige Türkei vorgedrungen. 1281 hat der Türke Osman, Führer eines Turkmenenstamms, die Macht in

Anatolien erlangt und den Grundstein zum Osmanischen Reich gelegt, einem Vielvölkerstaat, der später den ganzen Vorderen Orient einschloss.

Kurdistan umfasst, über die nationalen Staatsgrenzen hinweg, etwa 500 000 Quadratkilometer, knapp die Grösse Frankreichs. Die Bevölkerungszahl kann nur geschätzt werden: auf 12 Millionen in der Türkei, 7 im Iran, 5,5 im Irak und je eine knappe Million in Syrien und verstreut in der ehemaligen Sowjetunion. 600 000 bis 700 000 Kurdinnen und Kurden leben in der Diaspora: in Libanon, Israel und vorwiegend in Europa.

Das Kernstück Kurdistans ist Bergland, das in Ebenen ausläuft, die nicht nur landwirtschaftlich reich sind, sondern auch *Bodenschätze* aufweisen. Mossul, Kirkuk und Khaneqin liefern einen beträchtlichen Teil des irakischen Erdöls. Schon bei der Aufteilung des Osmanischen Reichs waren diese Gebiete Streitobjekte zwischen den Mandatarstaaten England und Frankreich. Das kurdische Volk lebt vor allem von Landwirtschaft, Viehzucht und Kleingewerbe. Die nichtländliche Bevölkerung und die an den Universitäten ausgebildete Elite mussten wegen der vernachlässigten wirtschaftlichen Entwicklung schon seit

langem in die Grossstädte auswandern oder wurden ins Ausland vertrieben. Allein in Istanbul schätzt man die kurdische Gemeinschaft auf 800 000 Menschen.

Was die *Religionszugehörigkeit* betrifft, besteht die Mehrheit des kurdischen Volkes aus sunnitischen Muslimen. Schiitische Kurdinnen und Kurden leben vor allem im südlichen Teil Iranisch-Kurdistans um Kermanschah. Kleine, in der Vergangenheit immer wieder verfolgte islamische Minderheiten oder Sekten sind die Ahl-i Haqq und die Aleviten. Dazu kommen die Yezidi, die sich zu einer synkretistischen Religion bekennen. Viele Musliminnen und Muslime gehören zudem einem Sufi-Orden an. Die religiösen Führer dieser Orden, die Scheikhs, haben die meisten *Aufstände* der Kurden bis gegen 1920 ausgelöst.

Die *christlichen Minderheiten* in Kurdistan sind Assyro-Chaldäer. Sie sprechen eine neu-aramäische Sprache. Die wichtigsten sind Nestorianer, Jakobiten und Katholiken, ferner orthodoxe Armenier. Diese Minderheiten wurden seit Jahrhunderten unterdrückt und verfolgt, sei es von Türken, Persern, Arabern oder Kurden.

Aufkommen eines kurdischen Identitätsbewusstseins

Seit dem 16. Jahrhundert lebten die Kurdinnen und Kurden auf beiden Seiten der sich immer wieder verändernden Grenzen des *Osmanischen* und des *Persischen Reichs*, die miteinander verfeindet waren. Schon damals spielten der Sultan und der Kaiser die kurdischen Stämme gegeneinander aus.

Im 19. Jahrhundert fanden mehrere *Aufstände* kurdischer Stammesfürsten statt. Doch ein kurdisches Identitätsbewusstsein zeigte sich ansatzweise erst in der Revolte von Scheikh Obeidullah (1872–1882), zunächst in Persien und anschliessend auch auf osmanischem Gebiet. Beide Reiche bekämpften für einmal vereint dieses neu aufkommende kurdische Bewusstsein, das nicht mehr nur einzelnen Stammesinteressen diene.

Die ersten *nationalistischen kurdischen Organisationen* bildeten sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als auch im Osmanischen Reich mit der Jung-Türken-Bewegung nationalistische Gedanken aufkamen (1908). Nach seinem Zusammenbruch wurde das Reich in den Verträgen von San Remo und Sèvres (1921) nach den Interessen der Alliierten aufgeteilt.

Der Vertrag von Sèvres enthielt zum ersten Mal die *Anerkennung eines kurdischen Volkes*. Er sah vor, dass allen Gebieten, in denen das kurdische Element vorherrschte, die lokale Autonomie gewährt würde und ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Vertrags die kurdische Bevölkerung ihre Unabhängigkeit von der Türkei erhalte – vorausgesetzt, der Völkerbund liesse sich überzeugen, dass die Kurden in der Lage seien, sich unabhängig zu verwalten. Die von Wirren geschwächte Türkei verpflichtete sich, in diesem Fall auf ihre Rechte zu verzichten. Aber die Kurden zerstritten sich über der Frage von Autonomiestatus oder Unabhängigkeit. In der Türkei führte der Nationalist Mustafa Kemal (später Atatürk) einen Unabhängigkeitskrieg gegen die griechische Besatzung, an der auch Kurden teilnahmen. 1923 wurde die türkische Republik ausgerufen.

An der *Konferenz von Lausanne* 1923 gewährte der türkische Staat in Art. 38 des dort abgeschlossenen Vertrags seinen Einwohnerinnen und Einwohnern den gleichen Schutz, ohne Unterschied der Geburt, Nationalität, Rasse oder Religion. Art. 39 garantierte den freien Gebrauch jeder Sprache, privat oder öffentlich, in Veröffentlichungen oder politischen Verhandlungen. Der Begriff der Minderheiten wurde aber nicht genannt und später restriktiv auf die christlichen Minderheiten beschränkt. Das kurdische Gebiet unter iranischer Herrschaft blieb bestehen, das restliche Kurdistan wurde auf die Türkei, Irak und Syrien aufgeteilt. Das Schicksal der verschiedenen Teile Kurdistans wird von nun an nicht mehr parallel verlaufen und öfters Gelegenheit geben, diese gegeneinander auszuspielen.

Die Kurden im Iran

Wie im zerfallenden Osmanischen Reich ging im Iran die alte Dynastie ihrem Ende entgegen, und ein nationalistischer Offizier, *Reza Khan*, nutzte die Lage in ähnlicher Weise wie Atatürk. Das damalige Persien war von russischen und britischen Truppen besetzt. 1925 gründete Reza Khan durch einen Staatsstreich seine eigene Dynastie. Er übte sofort eine starke Repression gegen die zahlreichen, noch halb nomadisierenden Stammesgruppen persischer, türkischer oder kurdischer Abstammung aus, um wie in der Türkei einen zentralistischen und laizistischen Staat zu bilden.

Das soziale Niveau der kurdischen Bevölkerung lag unter dem Landesdurchschnitt. Kurdische Sprache und kurdisches Brauchtum waren erlaubt, aber in den Schulen durfte nur Persisch unterrichtet werden. Die Kurden wurden aber nie, wie in der Türkei, als *Volksgruppe* verneint. Heute sendet das staatliche Radio täglich in Kurdisch und Azeri.

Die erste *kurdische Revolte* fand 1918 bis 1922 in der staatlichen Umbruchphase Irans unter fremder Besatzung statt. *Simko*, der Anführer, verbündete sich abwechselnd mit den Russen, Engländern oder Türken, die ihn zwar als Briganten und Plünderer betrachteten, aber zu ihren jeweiligen Zwecken ausnützten. 1922, als Reza Khan in der Lage war, mit eiserner Hand das Reich zu festigen, konnte seine neue Armee Simko endgültig schlagen. Nach Jahren des Exils wurde er 1930 nach Iran gelockt und ermordet – bis heute die übliche Taktik des iranischen Staates gegen kurdische Anführer.

Das wichtigste Ereignis in diesen Freiheitskämpfen war die Gründung der *kurdischen Republik Mahabad*, einer Stadt im Herzen Iranisch-Kurdistan. Es bleibt bis jetzt das einzige Beispiel eines, wenn auch kurzlebigen, unabhängigen Staates. 1941 bis 1945 besetzten russische und englische Truppen Iran. Die Stadt Mahabad lag im Schnittpunkt der Besatzungszonen und genoss das Wohlwollen der Sowjetunion.

1945 wurde dort die Demokratische Partei Kurdistan (DPK) gegründet und im Januar 1946 die Republik Mahabad ausgerufen. Präsident war *Qazi Muhammad*, eine hervorragende intellektuelle und religiöse Persönlichkeit. Nach Verlassen der alliierten Truppen 1945/46 konnte die iranische Armee der unabhängigen Republik ein Ende bereiten.

Zur Niederlage Mahabads hatten einerseits die *Engländer* beigetragen, die das Schah-Regime gegen jeden Separatismus unterstützten, vor allem aber die *Sowjetunion*, die gegen eine Erdöl-Konzession in Iran die Kurden fallen liess. Die Republik Mahabad bleibt aber für viele Kurdinnen und Kurden im 20. Jahrhundert ein stolzes Vorbild.

Die kurdische Bewegung erholte sich erst wieder unter der *Regierung Mossadegh* (1950/51). Doch nach der Restauration des Schah-Regimes verstärkte sich die Repression. 1955 unterzeichnete Iran mit der Türkei und Irak den *Bagdad-Pakt*, dem auch Grossbritannien beitrug. Ziel war die gegenseitige Unterstützung im Fall einer sowjetischen Aggression sowie die Bekämpfung innerer Unruhen.

Zur Zeit des *Widerstandskriegs* der irakischen Kurden gegen Bagdad wurden diese von Iran mit Waffen unterstützt, jedoch nur soweit dies nicht zu einem entscheidenden Erfolg führen konnte. Im Gegenzug half Bagdad den iranischen Kurden gegen die zunehmende Repression des iranischen Staates. Dieses Spiel wurde bis 1975 getrieben, als in einer Konferenz von Algier die arabischen Staaten die beiden Gegner aufforderten, ihre Zwistigkeiten durch gegenseitige Grenzkorrekturen zu beenden. Bedingung war, dass Iran seine militärische Hilfe an die irakischen Kurden einstellte. Der Widerstand brach zusammen.

Als die *islamische Revolution* 1979 ausbrach, war die DPK unter Ghassemlu wieder aufgebaut. Das zunächst noch chaotische Land bot Spielraum für Autonomiebestrebungen. Doch *Khomeini* erklärte den heiligen Krieg gegen die «ungläubigen Kurden». Solange der 1980 von Irak

erklärte Krieg gegen Iran dauerte, konnte sich die DPK einigermassen halten. Sie erhielt wiederum die Hilfe des irakischen Regimes, wohingegen Khomeini die irakischen Kurden gegen Saddam Hussein unterstützte.

Nach *Kriegsende 1988* konnte die iranische Armee voll in Kurdistan eingesetzt werden. Die iranischen Peschmergas wurden in die Berge an der iranisch-irakischen Grenze zurückgedrängt. An einer Verhandlung zwischen Iran und den iranischen Kurden in Wien 1989 wurden Ghassemlu und seine Begleiter von iranischen Agenten heimtückisch ermordet. Seither ist der Widerstand der iranischen Kurden gelähmt. Ihr Gebiet ist von der Armee engmaschig besetzt, die nach Irak geflohenen Kurdinnen und Kurden werden bombardiert, und die Weltöffentlichkeit hat die kurdische Bevölkerung Irans vergessen.

Die Kurden im Irak

Nach der Aufteilung des Osmanischen Reichs hat der Völkerbund den heutigen Irak unter *britisches Protektorat* gestellt. 1921 setzten die Engländer *Emir Faisal*, einen Sohn des Scherifs von Mekka, als König ein. 1922 wurde den Kurdinnen und Kurden das Recht zugestanden, eine autonome Regierung innerhalb des irakischen Staats zu bilden. Ferner erhielten sie 1926 das Recht, kurdisch in der Primarschule zu unterrichten und Bücher in dieser Sprache zu veröffentlichen.

Doch brachte das britische Protektorat keinen Frieden. Schon 1918 widersetzte sich der Kurdenführer Scheikh Mahmud Berzendji der *Besetzung von Mossul* durch die Briten. Um Mossul und Kirkuk, damals mehrheitlich kurdische Städte, befinden sich die wichtigsten Erdölvorkommen Iraks. 1919 wurde der Aufstand durch britische Truppen zerschlagen. Auch die Kemalisten machten Ansprüche auf Mossul geltend und zettelten einen Aufstand an. Nun benutzten die Briten wieder die Kurden. Gegen das Versprechen eines autonomen Gebiets mit Sitz in Suleimanieh sollten sie den Aufstand unterdrücken.

Doch als Scheikh Mahmud Anspruch auf Kirkuk erhob, zerfiel das Bündnis.

1943 begann der *längste Widerstandskrieg* der irakischen Kurden unter Mullah Mustafa Barzani, der schon in der Republik Mahabad dabei war und nun als *General Barzani* die irakischen Behörden bis 1975 in Atem hielt. Der Militärputsch von General Kassem 1958 gab der kurdischen Bevölkerung Hoffnung auf einen wirklichen Autonomiestatus. Doch von 1961 bis 1975 führte Barzani wieder den Kampf an. Allianzen- und Frontenwechsel auf beiden Seiten prägten diesen erbarmungslosen Krieg. Hinter dem Irak standen wechselseitig die Grossmächte: die Westmächte mit dem Bagdadpakt 1956, die Sowjetunion nach der Gründung der Baath-Partei. Auch innerkurdische Zwistigkeiten, die dazu führten, dass Kurden teilweise auf der Seite der irakischen Truppen kämpften, komplizierten diese Auseinandersetzung.

Dazwischen wurden immer wieder Verhandlungen über die kurdische Autonomie geführt und gewisse Erfolge erzielt, doch die Versprechen meist bald wieder gebrochen. Dafür war die *Repression der Armee* umso härter: 1962 kam es zum Einsatz der irakischen Flugwaffe, 1963 zur Ausweisung von 40 000 Kurdinnen und Kurden aus Kirkuk infolge der «Arabisierungspolitik». Mitte der sechziger Jahre wurden mehr als 200 000 nach Südirak deportiert und durch Araber ersetzt. 1966 anerkannte Irak wieder einmal die Rechte des kurdischen Volkes, worauf eine Art Waffenstillstand folgte. 1969 erhoben sich die Kurden unter Barzani erneut gegen Kirkuk. Als Vergeltung zerstörte die Armee 300 kurdische Dörfer. 1972, nach dem Freundschaftsvertrag Irak-UdSSR, verlor Barzani seine sowjetischen Verbündeten. Er wandte sich an Iran und appellierte an die USA. Doch der Grenzbereinigungsvertrag zwischen Iran und Irak 1975 zwang Barzani ins Exil. 100 000 Kurdinnen und Kurden flohen nach Iran.

In den folgenden Jahren reagierte die irakische Regierung immer brutaler gegen Aufstände. 1978/79 wurden 250 000 Dorfbewohnerinnen und -bewohner aus den

Grenzgebieten in Städte *umgesiedelt* und eine 30 Kilometer breite Zone der Grenze entlang entvölkert. 1985 hat das Regime 500 000 Kurdinnen und Kurden in Städte umgesiedelt, wo es für sie keine Arbeit gibt, oder in Lager im Süden Iraks verbannt. Die Dörfer – je nach Schätzung 2000 bis 4000 – wurden zerstört.

1988 wird die Welt auf die dramatische Lage der irakischen Kurdinnen und Kurden aufmerksam, als ein Fernsehteam die Opfer des Gas-Angriffs auf die *Stadt Halabja* filmte. Die zivilen Opfer wurden auf 5000 geschätzt. Aber es gab auch vorher und nachher noch viele andere «Halabjas». Die Überlebenden flohen nach Iran und in die Türkei, wo sie zum Teil heute noch in Lagern leben. Die Türkei hat diesen Flüchtlingen jede internationale Hilfe versagt.

Nach dem *Golfkrieg* 1991 fand ein neuer Aufstand der Kurden statt, diesmal ermutigt durch die Alliierten. Die Gegenoffensive Saddam Husseins zerbrach ihn. Zwei Millionen flohen in die Berge, nach Iran und in die Türkei. Die unter der *Schirmherrschaft der UNO* errichtete Zone erfasst nur einen Teil Irakisch-Kurdistan, nur 3,5 von 5,5 Millionen Menschen. Im Mai 1992 kam es dort zu freien Parlamentswahlen und zur Bildung einer eigenen Regierung. Die zwei grössten Parteien von Barzani und Talabani, die sich seit 1986 zur Zusammenarbeit entschlossen haben, teilen sich die meisten Sitze. 5 Sitze wurden der christlichen Minderheit zugeteilt.

Offizielles Ziel der durch Regierung und Parlament vertretenen Parteien ist ein *autonomes Kurdistan im Rahmen einer irakischen Föderation*. Doch die Situation in dem befreiten Gebiet hat sich dramatisch verschlechtert. Wirtschaftlich wird dieses von kurdenfeindlichen Regierungen eingeschlossene Gebiet erwürgt. Bagdad hat eine strenge Blockade verhängt, und die türkische Regierung droht mit der Schliessung der 30 Kilometer langen Grenze für den Warenverkehr, um die Solidarität der irakischen mit den türkischen Kurdinnen und Kurden zu brechen. Es herrscht hohe Arbeitslosigkeit, und die Fabriken stehen

aus Mangel an Rohstoffen und Ersatzteilen still. Einheiten der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), die nach Irakisch-Kurdistan geflohen sind, werden von türkischen Kampfflugzeugen bombardiert, flüchtige iranisch-kurdische Kämpfer von der iranischen Luftwaffe.

Die Kurden in der Türkei

Nach der Vertreibung der Griechen und dem Völkermord an den Armeniern blieben in der Türkei nur die Kurden als grössere nicht-türkische Volksgruppe. Gegen sie richtete sich die *nationalistische Politik Atatürks*. Sechs Monate nach dem Vertrag von Lausanne wurden der Gebrauch der kurdischen Sprache verboten, kurdische Intellektuelle in die Verbannung geschickt, die Existenz eines kurdischen Volkes verneint und daraus rückständige «Bergtürken» gemacht. Kurdische Namen wurden später verboten, kurdische Ortsnamen türkisiert. Die *zwangsweise Assimilation* durch Türkisierung ging einher mit Haft, Folterung und Deportation. Das kurdische Selbstbewusstsein wurde dadurch aber nicht gebrochen, sondern in seinem Widerstandswillen gestärkt.

Gegen den Bruch der Versprechungen von 1921 kam es 1925 zum *ersten grossen Aufstand* des Naqschbandi-Ordens unter Scheikh Said. Das Ausmass und der Erfolg waren zuerst so gross, dass die türkische Regierung Flugzeuge gegen die Aufständischen einsetzte. Wie weit die noch in Irak und Syrien stationierten britischen und französischen Mandatsmächte die türkische Armee dabei unterstützten, ist nicht klar erwiesen. Es folgten Massendeportationen mit Sippenhaft bis auf Verwandte vierten Grades.

Der *zweite grosse Aufstand* fand 1930 in der Gegend des Ararat-Berges statt, wohin sich Aufständische zurückgezogen hatten und ab 1927 die Armeetransporte unsicher machten. Im selben Jahr war eine kurdische Nationalliga im Libanon gegründet worden. In der Folge kamen Kurden aus allen Staaten dem Ararat-Aufstand zu Hilfe. Auch der iranische Staat unterstützte die

türkischen Kurden. Als der Aufstand die türkische Armee empfindlich traf, einigten sich die Iraner wieder mit den Türken und verfolgten die iranischen Kurdenstämme, die sich am Kampf beteiligt hatten. Die türkische Armee konnte über iranisches Gebiet den Ararat umzingeln und den Aufstand niederschlagen.

Die *Repression* nach diesem Aufstand war schrecklich und traf die gesamte kurdische Bevölkerung der Türkei. Ein Gesetz vom 29. Juli 1931 amnestierte die Provinzial- und Lokalorgane für alle Morde und kriminellen Handlungen, die zwischen dem 20. Juni und dem 10. Dezember 1930 begangen worden waren. Ein Gesetz vom 5. Mai 1932 teilte die Türkei in vier Zonen ein, die dazu dienten, türkische Familien in landwirtschaftlich ertragreichen Gebieten anzusiedeln, die Kurdinnen und Kurden zu «assimilieren» oder nach Anatolien zu deportieren. Die Deportationen der Kurdinnen und Kurden aus ihren Stammesgebieten dauerten bis 1935.

1936 bis 1938 folgte der *dritte grosse Aufstand* von Dersim. Dersim lag in der 4. Zone, und die Bevölkerung, die sich bis dahin aus den Konflikten herausgehalten hatte, verweigerte sich der Evakuation. 60 000 Soldaten wurden eingesetzt, der Widerstand dauerte zwei Jahre.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Regime etwas liberaler und versuchte, sich England und den USA zu nähern, um finanzielle und militärische Hilfe zu erhalten. 1950 fanden die ersten Wahlen statt, 1952 trat die Türkei dem NATO-Pakt und 1955 dem schon erwähnten Bagdad-Pakt bei. Die *drei Militärputsche* in der Türkei, 1960, 1971 und 1980, erfolgten stets, nachdem sich die Kurden einige Freiheiten erkämpft hatten. Das Militär jedoch, geprägt von den nationalistischen Prinzipien Atatürks, bekämpfte alle separatistischen Tendenzen, umso mehr als ab 1960 die Kurden im Irak unter Barzani den bewaffneten Widerstand gegen Bagdad aufgenommen hatten.

Ab 1965 bildeten sich im Untergrund die ersten linksgerichteten kurdischen Parteien. 1974 gründeten Studenten der Univer-

sität Ankara die *Kurdische Arbeiterpartei*, die 1978 offiziell unter ihrem Führer Abdullah Öcalan auftrat. Zuerst richtete sich ihr Kampf gegen die wohlhabenden Kurden, die Kollaborateure der türkischen Regierung und die andern kurdischen Parteien, nicht gegen den türkischen Staat. Nach dem Staatsstreich des Militärs 1980 floh Öcalan nach Syrien, von wo aus er Trainingslager für seine Truppen organisierte. Diese in Guerilla-Taktik ausgebildeten Kämpfer richteten nun ihre Angriffe direkt gegen die türkischen Staatsorgane und gegen die von der türkischen Armee eingesetzten «Dorfschützer». Die türkische Armee bewaffnet zwangsweise ganze Dörfer, um die PKK zu bekämpfen. Dörfer, die sich widersetzen, werden niedergebrannt.

Das Verhältnis der PKK zu den andern kurdischen Parteien in der Türkei war so schlecht, dass es ebenfalls zu militärischen Auseinandersetzungen kam. 1988 schlossen sich acht dieser Parteien zu einer Front (TEGVER) zusammen, die zwar ebenfalls für die Unabhängigkeit kämpfte, aber den Terrorismus ablehnte. Auf der andern Seite brachten Allianzen mit türkischen linksrevolutionären Gruppen wie Dev Sol der PKK eine solide Basis in den Städten. Seitdem die PKK die andern kurdischen Parteien in der Türkei teilweise ausgeschaltet und die Angriffe gegen die zivile Bevölkerung aufgegeben hat, scheint diese Partei eine *grosse Popularität* bei der Bevölkerung gewonnen zu haben.

Zu dieser Popularität trägt auch der *staatliche Terror* in den unter Ausnahmezustand stehenden kurdischen Provinzen bei. Der Supergouverneur hat alle Vollmachten über Militär, Spezialeinheiten und Polizei. In Spezialgefängnissen wird gefoltert und hingerichtet. Selbst Mitglieder der lokalen Menschenrechtsorganisationen werden verfolgt. Schon der blosser Verdacht auf separatistische Tätigkeiten ist strafbar. Die zahlreichen Verletzungen der Menschenrechte sind zwar weltweit bekannt, der türkische Staat bleibt aber für den Westen ein wirtschaftlicher und militärischer Partner.

Die Kurden in Syrien

Es gibt etwa eine Million syrische Kurden und Kurdinnen. Sie leben in drei getrennten Zonen im Norden des Landes. Unter der Herrschaft des Osmanischen Reichs als Musliminnen und Muslime relativ gut integriert, begann ihre *Unterdrückung* erst um 1957. Bis zum Ende des französischen Protektorats hatten sie eigene Publikationen, und die kurdische Sprache war erlaubt. Kurz vor der Machtergreifung der syrischen Baath-Partei, als sich der arabische Nationalismus unter Nasser ausbreitete, gründeten sie 1957 die Demokratische Partei Kurdistan Syrien.

1960 wurden 500 Kurden samt ihren Anführern von der Sicherheitspolizei verhaftet und gefoltert. In den sechziger Jahren kam es zur *Vertreibung* aus den nördlichen Grenzregionen. Zusätzlich verloren die Kurdinnen und Kurden ihre syrische Staatsangehörigkeit, bekamen keine Ausweispapiere mehr und sind so bis heute von staatlichen Einrichtungen, wie Zivilstandsämtern oder der Krankenversicherung, ausgeschlossen. Als 1972 eine Einigung in der kurdischen Opposition zustande kam, wurden die wichtigsten Anführer verhaftet. Seither ist der offene Widerstand gebrochen.

Doch die Politik des 1972 an die Macht gekommenen *Hafez al-Assad* gegenüber den Kurden ist subtil. Er braucht die Kurden als Stütze für seine auf die alevitische Minderheit gestützte Regierung und bildete regimetreue kurdische Milizen. Doch die Mehrheit des kurdischen Volkes ist ohne bürgerliche Rechte und der administrativen Willkür ausgeliefert. Auch sind Publikationen und Unterricht in kurdischer Sprache verboten.

Die Kurden als Spielball politischer Interessen

«Die einzigen Freunde der Kurden sind ihre Berge», lautet ein kurdisches Sprichwort, denn sie mussten oft in diesen Bergen Zuflucht nehmen. Doch Berge sind heute kaum mehr ein sicheres Refugium gegen

feindliche Flugzeuge. Die Umstände ihres langen Kampfes um Anerkennung als eigenständiges Volk machen deutlich, dass sie *nie* auf *dauerhafte Freunde* zählen konnten. Die Versprechen bei der Aufteilung des Osmanischen Reichs wurden, kaum niedergeschrieben, wieder vergessen. Neuerwachte Nationalstaaten nach europäischem Vorbild konnten keine nach Unabhängigkeit strebenden Kurden brauchen, wohl aber Kurden, die im verfeindeten Nachbarland – im Kampf gegen deren eigene Regierung – den Gegner schwächten. So wurden sämtliche Aufstände der Kurden in Iran, Irak und der Türkei zeitweise vom Nachbarland unterstützt, das die eigenen Kurden unterdrückte. Auch die Westmächte und die Sowjetunion mischelten mit, wenn es ihren Interessen entsprach. Sobald die Kurden Erfolge erzielten, wurden sie verraten.

Keiner dieser Staaten will, dass die Kurdinnen und Kurden eine echte Autonomie oder gar die Unabhängigkeit erlangen, auch nicht im verfeindeten Nachbarland. So wurden sie im 20. Jahrhundert gegeneinander ausgespielt und dazu gebracht, sich gegenseitig zu bekämpfen. Die derzeitige Lage im *autonomen Teil Irakis-Kurdistan* ist zumindest ein Hoffnungsschimmer. Guerilla-Kämpfer aus der Türkei und kurdische Kämpfer aus dem Iran mit ihren Familien haben dort Zuflucht gefunden – bei allen Meinungs- oder ideologischen Unterschieden, ja selbst kurzen Bruderkriegen, wenn es ums eigene Überleben ging. Ob dieser schwache Ansatz den Interessen der umliegenden Nationalstaaten und der Grossmächte in dieser Region standhalten kann, bleibt abzuwarten.

Bibliographie

- Gérard Chaliand: *Le malheur kurde*, Paris 1992.
- Kurdistan und die Kurden: Bd. 1, hg. von Gérard Chaliand, Göttingen 1988; Bd. 2: Ismet Chérif Vanly, Türkei und Irak, Göttingen 1980; Bd. 3: Ismet Chérif Vanly, Syrien, Emigration, UdSSR, Göttingen 1988.
- Christiane More: *Les Kurdes aujourd'hui, mouvement national et partis politiques*, Paris 1984.
- Martin M. van Bruinessen: *Agha, Scheikh und Staat. Politik und Gesellschaft Kurdistan*, Berlin 1989.